Abonnements-Preis: Mittag- und Abend-Ausgabe im Stadtbezirke M. 2.80, bei der Post M. 3. Sonntags-Ausgabe im Stadtbezirke 80 Pf., bei der Post M. 1. Wöchentliche Beilage „Feierabend“ 10 Pf. Die jeden Monat erscheinende humoristische Beilage „Bädermarkt“ gratis.
Telegramm-Adresse: Volkszeitung Krefeld.

Niederrheinische Volkszeitung.

Insertions-Preis: Die Petitzeile im Abonnentenkreise 15 Pf. bei einmaliger Gratis-Aufnahme in den „Krefelder Stadt-Anzeigen“, außerhalb des Abonnentenkreises 20 Pf.; bei Wiederholungen Rabatt. Beilage-Gebühren pro 1000 M. b. Kreliane-Zeile 50 Pf. Offerten-Provision 25 Pf. Bei Fragen Anfragen 10 Pf. für Antwort.
Geschäftsstelle: Friedrichstraße 41.
Telephon-Anschluß 316.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Lerch für den redaktionellen Theil. 32. Jahrgang. Druck und Verlag der J. B. Klein'schen Buchdruckerei, M. Buscher.

Nr. 46. Krefeld, Donnerstag, den 25. Januar (Bertram) 1900.

Abend-Ausgabe.

Die Vertheilung der Mandate.

Es stellt sich jetzt heraus, daß ein Theil der nationalliberalen Fraktion gegen den freisinnigen Antrag wegen Neueintheilung der Wahlkreise gestimmt hat. Daraus ergibt sich, daß der Antrag auch dann noch keine Mehrheit im Abgeordnetenhause gefunden hätte, wenn das Zentrum geschlossen für ihn gestimmt hätte. Wir bemerken das nicht etwa, um die Verantwortlichkeit für die verneinende Abstimmung abzuschütteln, sondern nur, um festzustellen, daß der Antrag von vornherein völlig aussichtslos war und mit einem gewissen Leichtsinn eingebracht wurde.

Manchmal ist es sehr klug und verdienstlich, Anträge zu stellen, die ganz zweifellos der Ablehnung verfallen. Eine solche Demonstration kann eine zweckmäßige Vorbereitung des künftigen Erfolges sein. Nur muß man sich versehen, daß nicht die Ablehnung die Sache in der öffentlichen Meinung schädigt und die Stellung der Gegner verstärkt. Bei solcher Gefahr sieht man von einem Antrage, über den abgestimmt werden soll, besser ab und regt die Sache durch eine Interpellation oder gelegentliche Reden weiter an, ohne sie vorzeitig dem Risiko der Stimmenzählung auszusetzen. Jetzt heißt es im Lande: „Die Vermehrung der Abgeordneten für die Städte und dicht bevölkerten Industriebezirke ist mit so großer Mehrheit abgelehnt worden, daß sie für absehbare Zeit keine Aussicht mehr hat.“ Einen solchen Eindruck hervorzurufen, lag doch schwerlich im Sinne der Antragsteller. Sie hätten also klüger gehandelt, wenn sie vor der Einbringung des Antrags mit denjenigen Parteien, die sie zur Unterstützung unbedingt brauchten, sich in Fühlung gesetzt hätten.

Wie wir schon näher ausgeführt haben, war überhaupt der Zeitpunkt zur Anschneidung einer solchen Frage nach jeder Hinsicht hin schlecht gewählt. Ebenso war die Form des Antrags nicht glücklich. Wenn der Ausgleich für die großen Verschiebungen in der Bevölkerungsdichtigkeit überhaupt in Gang kommen soll, dann muß man nicht ohne Weiteres das extreme Prinzip der Vertheilung der Mandate nach der Kopfzahl verkünden, sondern einen gemäßigten „Vorschlag zur Güte“ in genauer Formulirung zur Abstimmung stellen. Sonst ist auf eine Mehrheit oder einen Erfolg überhaupt nicht zu rechnen. Denn für das reine Prinzip, welches gewisse Landestheile und Stände um alte, liebe, wohlerworbene Rechte bringen und andere Theile und Klassen ganz ungeheuer begünstigen würde, sind natürlich viel weniger Stimmen zu haben, als für einen billigen Ausgleich der entgegenstehenden Interessen auf der goldenen Mittellinie.

Auf die Gefahr hin, von den Blättern der Linken als reaktionär verschrieen zu werden, gestehen wir auch ganz offen, daß wir den „Grundsatz“ der Vertheilung der Mandate nach der bloßen Kopfzahl nicht für richtig halten. Das „Land“ ist auch ein Moment, das bei der Bildung der Landesvertretung seine Berücksichtigung verlangen kann. Denken wir uns, daß zwei Staaten eine Eroberung machen: der eine annektirt eine Stadt, wo 500,000 Menschen in der Dichtigkeit von Breslau oder Berlin zusammenwohnen, der andere dagegen erwirbt eine Provinz, die 500,000 Einwohner in der Bevölkerungsdichtigkeit von Hinterpommern umfaßt. Wer hat die größte Eroberung gemacht? Offenbar der letztere Staat — wenn auch der erstere aus seiner Großstadt vorläufig mehr Steuern ziehen sollte, als der andere aus dem neuen Hinterpommern. In der bedeutenden Landfläche steckt nicht bloß ein bedeutend sozial sittlicher Werth für die Gegenwart, sondern ein noch viel größerer Hoffnungs- und Spekulationswerth für die Zukunft.

Das theoretische Abwiegen von Menschen und Land gegeneinander ist keine lohnende Beschäftigung. In der Praxis kann man bei allseitigem guten Willen wohl zu einem Ausgleich kommen, der für beide Theile erträglich ist. Man muß aber den geeigneten Augenblick abwarten.

In Preußen spielt freilich, so lange das Dreiklassensystem besteht, die sozialdemokratische Partei bei den Landtagswahlen keine Rolle. Aber im Reiche desto mehr, und wenn in Preußen die Mandate neu vertheilt würden nach der Kopfzahl, so würde man sofort mit der Furcht oder Hoffnung kommen, das bei den Reichstagswahlen ebenso die Zahl der Vertreter für Städte und Industriebezirke erhöht werden, d. h. die sozialdemokratische Fraktion verstärkt werden würde. Die Diäten sollten eine „Korrektur des demokratischen Wahlrechts“ sein und sind es nicht geworden. Die Verschiebung der Bevölkerungszahlen in den Wahlkreisen aber erweist sich thatsächlich als eine „Korrektur“ dieser Art. Die Regierung und die Konservativen werden sich vorläufig auf das Aeußerste sträuben, darin Aenderung zu schaffen. Was hilft es, Unmögliches zu beantragen?

CPC. Deutscher Reichstag.

(Unberechtigter Nachdruck, auch theilweiser, untersagt.)

134. Sitzung vom 24. Januar.

Eröffnung 1¼ Uhr.

Am Bundesrathstisch: Freiherr v. Thielmann.

Die zweite Berathung des Etats wird fortgesetzt beim Etat des Reichsschatzamtes.

(Bezüglich des ersten Theiles des Berichtes verweisen wir auf die telegraphischen Mittheilungen in der Abend-Ausgabe von gestern. D. R.)

Bei Fortsetzung der Berathung des sozialdemokratischen Antrages auf Erlaß eines Reichsberggesetzes führt

Abg. Franken (ntl.) aus, im Rheinisch-Westfälischen Kohlenrevier seien die Löhne, dank der segensreichen Wirksamkeit der Kohlensyndikate, fortgesetzt gestiegen; auch für gesunde und freundliche Arbeiterwohnungen hätten die Grubenverwaltungen freiwillig Sorge getragen; hier sei also für ein Eingreifen der Reichsgesetzgebung nicht der mindeste Anlaß gegeben.

Abg. Hilbck (ntl.) tritt der Forderung entgegen, die Akkordarbeit vollständig zu beseitigen. Das würde einfach bedeuten, daß der fleißige intelligente Arbeiter nicht nur auf das Niveau des Durchschnittsarbeiters, sondern sogar auf das des faulen Arbeiters herabgedrückt würde. (Sehr richtig!) In Folge dessen würde die Förderung soweit zurückgehen, daß der gesammte deutsche Bergbau sich begraben lassen könnte — rentabel würde er dann jedenfalls nicht mehr sein! (Beifall bei den Nationall.) Wenn im Mansfelder Revier die sogenannten „Hunde“ durch Kinder befördert werden, so ist das erstens schon seit hunderten von Jahren so gewesen (Lachen bei den Soz.), zweitens aber geht es überhaupt gar nicht anders, denn die Gänge sind eben so niedrig, daß sich erwachsene Personen dort überhaupt nicht bewegen können.

Abg. Dr. Arendt (Rp.) sucht die Angaben des Abg. Thiele über das Mansfelder Bergbaugebiet zu widerlegen. Die Arbeiterfürsorge sei daselbst seit alters her ausgebildet, mit der Akkordarbeit seien die Bergleute dort sehr zufrieden. (Widerspr. bei den Soz.) Die Mansfelder Gewerkschaft habe den Betrieb nicht eingestellt, als sie jahrelang mit Verlusten arbeitete, um ihren Arbeitern das Brod nicht zu nehmen. Der Vorwurf der Korruption und Bestechlichkeit sei leeres Gerede. Redner bestreitet, daß der alteingesessene Mansfelder Bergmannsstand Rohheitsdelikte im Uebermaß begehe, es geschehe dies von eingewanderten Polen, Italienern ꝛc. Der Zorn der Sozialdemokraten rühre wohl davon her, daß sich die intelligente Mansfelder Bergbevölkerung zu einem „Verbande reichstreuer Bergarbeiter“ zur Abwehr der Sozialdemokratie zusammengeschlossen habe, so daß die letztere dort nicht eine einzige Stimme erhalte. (Beifall rechts.)

Abg. Thiele (Soz.) erwidert, die Sozialdemokratie habe keinen Anlaß, den Verband reichstreuer Bergarbeiter zu fürchten, zu diesem Verbande würden die Arbeiter einfach gepreßt.

Abg. Dasbach (Zentr.) geht auf die Ergebnisse der Gerichtsverhandlung ein, welche in Folge des bekannten Grubenunglücks auf der Zeche „Borussia“ im Jahre 1899 stattfand; die Zeugenaussagen hätten gezeigt, daß die Vorschriften zur Verhütung von Unfällen sehr nachlässig gehandhabt würden. Ebenso hätten die Verhandlungen über das Unglück auf der Zeche „Fritz“ laut Aussage des Staatsanwalts gezeigt, daß jahrelang in erschreckender Weise Verstöße gegen die gesetzlichen Bestimmungen vorgekommen seien. Wenn dann noch so milde Urtheile gefällt würden wie gewöhnlich, so brauche man sich nicht zu wundern, wenn manche Unternehmer sich nichts daraus machten, da sie durch die Gesetzesübertretung viel mehr verdienten, als sie an Strafe zu zahlen hätten. Ein energisches Vorgehen sei nothwendig und das geschehe am besten im Wege der Reichsgesetzgebung; im Reichstage werde man auch ein besseres Gesetz zu Stande bringen als in den einzelnen Landesvertretungen. Endlich sei eine reichsgesetzliche Regelung auch deshalb nothwendig, weil dafür gesorgt werden müsse, daß der Bergarbeiter nicht seinen Anspruch an die Knappschaftskasse verliere, wenn er abgelegt werde und seinen Unterhalt anderswo suchen müsse. (Beifall im Zentr.)

Ab. Arendt (Rp.) bestreitet nochmals, daß Mißstände im Mansfelder Bergbaugebiet herrschten; wenn dies der Fall wäre, würden ihm die Arbeiter, deren Vertrauensmann er sei, längst Mittheilungen gemacht haben.

Damit schließt die Diskussion.

Nach einem Schlußwort des Abg. Sachse (Soz.) wird in der Abstimmung der früher mitgetheilte Antrag Letocha (Zentr.) bezw. Erlaß einer Verordnung zum Schutz der Arbeiter in Zinkhütten einstimmig angenommen, und mit diesem Zusatz der Antrag Agster gegen Konservative und Reichspartei.

Donnerstag 1 Uhr: Lex Heinze.

Schluß ¾5 Uhr.

Parlamentarisches.

△ **Berlin**, 24. Jan. Die **Budgetkommission des Reichstags** setzte am Mittwoch die Berathung des Kolonialetats beim Etat für Ostafrika fort. Die Eisenbahn-Betriebseinnahmen sind mit 85,400 M. angesetzt. Abg. Müller-Fulda (Zentr.) bezweifelte die Rentabilität der Usambarabahn und des Kaffeebaues in Usambara. Wenn der Reichstag diese ungünstigen Nachrichten früher gekannt hätte, würde wohl die Bahn nicht vom Reiche angekauft worden sein; denn sie sei ein verkrachtes Unternehmen gewesen und der Bahnerwerb war somit ein „gründlicher Reinfall“. Abg. Frese (fr. Vgg.) theilte diese Bedenken und glaubte nicht, daß die Kaffeepreise die Bahn rentabel machen würden. Abg. Müller-Sagan (fr. Vp.) bezweifelte überhaupt die Möglichkeit des Kaffeebaus in Usambara, schon wegen der Heuschrecken und Pflanzenkrankheiten daselbst. Abg. Graf Arnim (kons.) meinte, dieser Zustand sei nur vorübergehend und die Rentabilität nicht für alle Zeit ausgeschlossen. Usambara sei fruchtbar, das Bahnunternehmen noch jung, und der Verkehr wird sicher steigen. Kolonialdirektor v. Buchka trat dem bei und legte besonders Gewicht auf die politische Bedeutung der Usambarabahn. Die Rheinische Plantagengesellschaft wolle neue Plantagen anlegen, das spreche doch dafür, das die Zukunft nicht aussichtslos sei. Abg. Bebel (Soz.) erinnerte an den schlechten Zustand der Usambarabahn und an die Hungersnoth, die 62,000 Menschen hinraffte. Kolonialdirektor v. Buchka verwies demgegenüber auf die Hungersnoth in Indien, das die Engländer deshalb auch nicht aufgeben würden. In der kurzen Zeit von 15 Jahren hätten wir viel geleistet. Muth und Optimismus seien bei allen Kolonial-Unternehmungen erforderlich. Graf Stolberg (kons.) konnte im Ankauf der Usambarabahn keinen „Reinfall“ erblicken; erst nach Jahrzehnten werde man ein zuverlässiges Urtheil über die Rentabilität haben. Abg. Dr. Paasche (ntl.) bemerkte, die Nothlage des Kaffeebaues herrsche jetzt überall, deshalb brauche man nicht zu verzweifeln, ein späteres Gedeihen sei nicht ausgeschlossen. — Der Titel wurde bewilligt, ebenso die Einnahmen aus den Zöllen, Abgaben und Gebühren ꝛc. Hierauf wurde die Debatte über den Reichszuschuß (6,830,900 M.) ausgesetzt und die Berathung der Ausgaben begonnen. Bei Titel 1, Beamtenbesoldungen, erklärte auf eine Anfrage des Referenten Direktor v. Buchka die Unmöglichkeit, einen ständigen Zivilvertreter des Gouverneurs wegen eventueller Konflikte zu bestellen. Die Stellvertretung würde von Fall zu Fall geregelt. Auf bezügliche andere Anfragen erklärte Herr v. Buchka, bei den Verhandlungen mit dem Kongostaat handele es sich um Grenzregulirungen, nicht um neue Landerwerbungen; der Nyassagesellschaft, die auch die Ansiedelung von Auswanderern bezwecke, käme er möglichst entgegen; seitens der Gesellschaft sei dies bisher nicht geschehen. Bezüglich der neuen Bergordnung, die Abg. Graf Arnim (kons.) bemängelt hatte, würden die Erfahrungen sorgfältig geprüft um die Verordnung event. darnach abzuändern. Abg. Müller-Sagan (frs. Vp.) forderte Erleichterung bei Schärfungen und meinte, die Bergordnung sei zu schablonenhaft von einem kultivirten Lande auf ein unkultivirtes übertragen worden. Abg. Müller-Fulda (Zentr.) dankte der Regierung insofern, daß sie eine Festlegung des Bodens für Bergbau seitens der Spekulanten verhindert habe. Nachdem noch Abg. Prinz Arenberg (Zentr.) ebenfalls für Erleichterung der Schärfungen eingetreten, wurde eine Resolution des Abg. Arnim (kons.), den Reichskanzler zu ersuchen, möglichst bald eine Abänderung der Bergordnung für die Kolonien vom 9. Oktober 1898 in Erwägung zu ziehen, angenommen, die Beamtenbesoldungen nach der Vorlage genehmigt und die Weiterberathung bis zum Donnerstag vertagt.

Die Wahlprüfungskommission des Reichstages hat am Dienstag Abend die Wahl des Abg. Grafen Dönhoff-Friedrichstein (kons.) beanstandet und Beweiserhebung beschlossen über verschiedene eingegangene Proteste.

Deutschland.

* **Berlin**, 24. Jan. Bei einer Ausfahrt der Kaiserin stürzte heute Nachmittag an der Hedwigskirche ein Pferd der Equipage. Die in der Nähe haltenden Droschkenkutscher eilten hülfsbereit mit Decken hinzu; es glückte jedoch nicht, das Thier sofort auf die Beine zu bekommen. Die Kaiserin trat, da ihr der Aufenthalt zu lange währte, den Rückweg nach dem Schlosse zu Fuß in Begleitung ihrer Hofdame an, überall ehrfurchtsvoll begrüßt. Auf der Schloßbrücke bestieg sie dann eine inzwischen vom Schlosse herbeigeholte andere Equipage. — Prinz Albrecht von Preußen, der Herrenmeister des Johanniterordens, hielt heute Vormittag um 11 Uhr in seinem Palais in der Wilhelmstraße ein Kapitel des Johanniterordens ab. Die Herren sind heute Abend um 7 Uhr zur Tafel beim Prinzen geladen. — Wie ein Telegramm aus Straßburg i. E. meldet, trat Domkapitular Dr. Joder in Begleitung des Domherrn Adloff die Reise nach Rom an, um als Delegirter des Straßburger Domkapitels für die Beibehaltung des Priesterseminars und gegen die Errichtung einer katholisch-theologischen Fakultät an der Universität beim Papst zu wirken.

* **Was zu toll ist, ist zu toll!** Einen geradezu unglaublichen Mißbrauch der amtlichen Stellung zu politischen Zwecken berichtet die „Tilsiter Ztg.“. Das Blatt veröffentlicht folgendes Schreiben:

„Geehrter Herr Lehrer! Das Landrathsamt ersucht mich, Sie nochmals für Gewinnung von Abonnenten für den Preußischen Volksfreund zu interessiren. Ich bitte Sie daher dringend, wenn irgend möglich, für das Quartal Januar-April 1900 Abonnenten zu werben und mir die Zahl der gewonnenen Abonnenten bis spätestens den 30. d. M. (der Brief war vom 22. Dezember datirt) mitzutheilen. Fast alle anderen Lehrer haben theilweise recht gute Erfolge erzielt. Ergebenst . . . ., Ortsschulinspektor.“

Auf dem Umschlage trug das Schreiben den Amtsstempel

Frei lt. Aver's Nr. 21.
Kgl. Pr. Ortsschulinspektion.

Der Lehrer als Abonnentensammler — das ist die neueste Humoreske, die uns aus dem Osten der Monarchie übermittelt wird. Vielleicht geht man auch noch einen Schritt weiter und überträgt den Lehrern die Annoncenacquisition. Das ist doch ein Geschäft, das bringt noch was ein! Ernsthaft gesprochen geben wir der „Köln. Ztg.“ vollkommen Recht, wenn sie verlangt, daß der Schulinspektor oder der Landrath wegen mißbräuchlicher Benutzung des die Portofreiheit bedingenden Amtsstempels zur Verantwortung gezogen werden.

Kirchliches.

* **Münster**, 24. Jan. Der „Westf. Merk.“ berichtet: „In Rom sind die vorbereitenden Akten für die Seligsprechung der seligen Anna Katharina Emmerich eingetroffen, welche der hochw. Herr Bischof von Münster übermittelt hat.“

Zur Handwerkerfrage.

☾ **Krefeld**, 25. Jan. Die gestern Abend im Vereinslokale Restaurant Fähndrich stattgehabte Generalversammlung der freien Handwerker-Innung nahm einen anregenden Verlauf. Nach einer herzlichen Begrüßung der Mitglieder seitens des Vorsitzenden Herrn Balensiefer erstattete Herr Ludw. Esters den Rechenschaftsbericht. Danach betrugen die Einnahmen pro 1899 bei 74 Mitgliedern 252,32 M., die Ausgaben 197,45 M.; von dem Ueberschuß von 54,87 M. sind 50 M. sinsbar bei der Innungsbank angelegt. Der Etat für das Jahr 1900 setzte der Kassirer auf 130 M. fest. Auf Antrag der Herren Haase und Köhler, welche die Rechnung geprüft und für richtig befunden haben, wurde dem Kassirer Decharge ertheilt. Dann thätigte man die Ergänzungswahlen für den Vorstand. Durch das Loos schieden aus die Herren Esters, van Acken, Meiß und Rims; dieselben wurden per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Herr Rotthoff berichtete hierauf über den Stand der Krankenkasse für die Gesellen, die am 15. Oktober des verflossenen Jahres von der Innung gegründet wurde. Die Kasse habe sich zur Freude aller Mitglieder sehr gut entwickelt. Der finanzielle Stand derselben sei sehr günstig. Die Mitgliederzahl sei von 41 Ende Dezember 1899 bis heute auf 140 gestiegen. Redner ersuchte diejenigen Mitglieder, welche ihre Gesellen und Lehrlinge bei der Innungs-Krankenkasse, die bei niedrigen Beiträgen hohe Unterstützungen gewähre, noch nicht angemeldet hätten, dies baldigst bewirken zu wollen. Unter „Verschiedenes“ theilte der Vorsitzende mit, daß der Vorstand beschlossen habe, eine Begräbnißkasse (eine Art Umlagekasse) zu gründen. Der Beitrag sei von Fall zu Fall 1 M., die Höhe des Begräbnißgeldes müsse noch näher bestimmt werden. Nach kurzer Debatte wurde beschlossen, eine siebengliedrige Kommission, bestehend aus den Herren te Kloot, Hoyen, Köhler, Bohle, Kreische, Esters und Haase, mit der Ausarbeitung der Statuten für die Begräbnißkasse zu betrauen. Ferner machte der Vorsitzende einige Mittheilungen über die von dem Innungsausschuß geplante Gründung einer Wirthschafts-Genossenschaft zwecks Beschaffung eines Innungshauses. In diesem Hause (daselbst ist als Vereinshaus für die hiesigen Innungen gedacht) solle eine ständige Anstellung der von den Mitgliedern der einzelnen Innungen hergestellten Gegenstände eingerichtet werden. Redner ermunterte die Anwesenden zur Zeichnung von Antheilscheinen. Die Versammlung beschloß, in dieser Angelegenheit vorläufig eine abwartende Stellung einzunehmen. Der Vorsitzende berichtete sodann, daß der Innungsausschuß auch in diesem Jahre einen Wagen für den Rosenmontagszug übernehmen wolle, wobei er die Mitglieder zur Zeichnung von freiwilligen Beiträgen ersuchte. Es wurde noch beschlossen, in den nächsten Wochen zur Feier des Stiftungsfestes eine Abend-Unterhaltung zu veranstalten. Mit einem begeistert aufgenommenen Hoch auf den Kaiser erreichte die Versammlung ihr Ende.

Volkswirthschaftliches und Soziales.

* **Soest**, 24. Jan. Mit einem vorzüglichen Ergebniß hat während der erst kurzen Zeit ihres Bestehens die Westfälische Konsumvereinsgenossenschaft abgeschlossen, denn trotz des in Folge der Diskonterhöhung ungemein hohen Zinssatzes von 7 bis 8 Proz. und der dadurch bewirkten Lage des Geldmarktes, sowie trotz ungünstiger Stande des Getreidegeschäftes wurde im ersten halben Jahre ein Reingewinn von etwa 5000 M. erzielt; auch was die Genossen bei ihren Bezügen von Kleie und anderen Futtermitteln, von Dungstoffen u. s. w. erspart bezw. durch die ihnen gestellten billigeren Preise verdient haben, ist sehr erheblich. Der Geschäftsumfang weist mehr und mehr sich steigernde Umschlagsziffern auf. Bethätigt sind 267 Genossen mit 582 Antheilen. Die Haftsumme ist auf 175,000 M. gestiegen, der Antheil an derselben mußte für jeden Genossen von 50 M. auf 300 M. erhöht werden. Die Beschaffung der nothwendigen Baarmittel soll entweder durch Beleihung der Haftsumme bei der preußischen Zentral-Genossenschaftskasse Berlin oder mittels Baareinlagen aus den eigenen Kreisen der Landwirthe, wie bei Spar- und Darlehnskassen, ermöglicht werden. Die Einlagen sind gleich gesichert durch Verpfändung der Haftsumme für die einzelnen Einlagen, deren Gesammthöhe die Haftsumme nicht übersteigen darf. Die Rentabilität des Vorhabens ist für die Zukunft in jeder Weise gesichert.

Hochwasser.

* **Altena**, 24. Jan. In Folge des anhaltenden Regens der letzten Tage sind die Lenne und ihre Nebenflüsse bedeutend gestiegen. Die Lenne hat ihr Bett verlassen und die angrenzenden Ländereien und Wiesen bereits überschwemmt. Auf verschiedenen Wasserwerken hat man die Arbeit einstellen müssen, da die Räder in todtem Wasser laufen.

* **Blotho**, 24. Jan. Die Weser ist in Folge der Niederschläge während der letzten 24 Stunden um 1 Meter gestiegen. Der hiesige Pegel zeigte heute Abend eine Wasserstandshöhe von 1,60 Meter über Normalpunkt. Das Hochwasser ist noch fortwährend im Steigen. Gestern und heute herrschte, wie die „Rh.-Westf. Ztg.“ schreibt, an der Weserschlagde ein außergewöhnlich großer Schiffsverkehr. Die Befürchtung nämlich, daß Ueberschwemmungen eintreten können, veranlaßte die Schiffer, ihre Ladung möglichst schnell zu löschen.

Rheinland und Westfalen.

△ **Bochum**, 25. Jan. Nach der letzten Zählung am 1. Dezember beträgt die Einwohnerzahl der Bürgermeisterei 10,854 Seelen, gegen 10,347 der vorletzten Zählung. Davon entfallen auf Bochum 5339 (5226); Oppum 2802 (2474); Verberg 1010 (976); Traar 1703 (1671).

* **St. Tönis**, 24. Jan. Bei der zuletzt stattgehabten Sitzung des Schulvorstandes beschäftigte man sich mit der Wahl eines neuen Lehrers an Stelle des mit Ostern versetzten Herrn Maßling. Aus dem hiesigen Regierungsbezirk hatte sich kein Lehrer auf die Stelle gemeldet, und nur „ein“ Bewerber aus dem Regierungsbezirk Aachen hatte seine Zeugnisse eingesandt. So machte also die Wahl wenig Qual und derselbe wurde einstimmig der Königlichen Regierung zur Bestätigung vorgeschlagen. Leider scheint, so schreibt man der „Kremp. Ztg.“, am hiesigen Orte der häufige Lehrerwechsel noch immer nicht gehoben zu sein, wohl zum Schaden der Schule und der Gemeinde.

[+] **Viersen**, 25. Jan. Ein junger Bursche hantirte mit einem geladenen Revolver, wobei derselbe sich entlud und das Geschoß einem Manne in den Arm schlug. In Folge der Verwundung trat Blutvergiftung und Starrkrampf ein, so daß der junge Mann in höchster Lebensgefahr schwebt.

△ **Neuß**, 25. Jan. Der Portier der hiesigen Schrauben-fabrik wurde heute Morgen durch einen eisernen Thorflügel, welcher durch einen starken Windstoß aus den Angeln gehoben war, derart getroffen, daß er sofort todt war.

== **Düsseldorf**, 24. Jan. Der Verein der Kommunalbeamten der Rheinprovinz (Bezirksverband Düsseldorf) hält die 1. Bezirksversammlung dieses Jahres am Sonntag, 4. Februar, Nachmittags 3½ Uhr im Bahnhofs-Hotel hierselbst ab. Die Tagesordnung ist folgende: 1. Jahresbericht. 2. Vorstands-Ergänzungswahl. 3. Besprechung über die Ausführung des Kommunalbeamtengesetzes vom 30. Juli 1899. 4. Besprechung dienstlicher Angelegenheiten. 5. Verschiedenes. Nichtmitglieder (Kommunalbeamte) sind willkommen.

* **Essen**, 24. Jan. Die seit 1890 bestehende Pensions-, Wittwen- und Waisenkasse für die Beamten der Firma Krupp zählt nach dem eben erschienenen Geschäftsbericht pro 1898/99 1323 Mitglieder. Zu der Kasse werden nur Beamte mit einem Mindesteinkommen von 2000 M. zugelassen; die Pensionsberechtigung tritt nach fünfjähriger Mitgliedschaft ein. Das Vermögen der Kasse beträgt sich auf 4,456,305 M.

* **Stelle**, 23. Jan. Ein frecher Raub wurde bei dem Lehrer Jürgens hierselbst verübt. Drei Einbrecher mit geschwärzten Gesichtern drangen Nachts in das Schlafzimmer der Tochter und zwangen sie unter wüsten Drohungen anzugeben, wo der Vater eine kurz vorher vereinnahmte größere Summe — über 1000 Mark — bewahrt hatte. Während der eine Räuber bei dem gefänglichten Mädchen schutzwache Posten faßte, bemächtigten sich die beiden anderen des Geldes. Von den Thätern, die mit den Verhältnissen des Hauses genau vertraut gewesen sein müssen, hat man laut „Trem.“ bis jetzt keine Spur.

* **Aus Westfalen**, 23. Jan. In dem Kreisstädtchen B. lebt ein alter, durch seine ärztliche Thätigkeit zu großem Vermögen gelangter Herr. Derselbe fühlte sich kürzlich durch seine Veranlagung zur Wassersteuer beschwert, erreichte aber durch seine Eingaben nur, daß der Magistrat — anscheinend ohne gründliche Prüfung der Klage — den Steuerbetrag noch erhöhte. Daraufhin lud der alte Herr die Mitglieder des Magistrats in seine Wohnung ein und überreichte ihnen ein Schriftstück mit der Bitte, von dem Inhalte Kenntniß nehmen zu wollen. Es war sein Testament, in welchem er der Stadt den Betrag von 450,000 M. vermacht hatte. „So“, sagte er, „Ihr Entgegenkommen mir gegenüber verdient ein gleiches,“ nahm das Testament, zerriß es und warf die Stücke ins Feuer. Der „Köln. Volksztg.“ wird gemeldet, daß über diesen Vorfall in dem Städtchen große Aufregung herrscht.

* **Mainz**, 24. Jan. Auf Veranlassung der Bürgermeisterei ist festgestellt worden, daß bei 103 hiesigen Bäckermeistern 145 schulpflichtige Kinder Backwaaren austragen. (Es wäre interessant zu erfahren, wie es in dieser Hinsicht in Krefeld aussieht. D. Red.)

Gerichtszeitung.

§ **Krefeld**, 25. Jan. Schöffengericht. Die erste Verhandlung richtete sich gegen den Kaufmann Bernhard B. und den Aushülfskellner Albert N., welche angeklagt waren, sich gegenseitig mißhandelt zu haben. Bei B. erfolgte Freisprechung, bei N. die Verurtheilung zu 3 M. Geldstrafe. — Der Polizeibeamte Franz M. wohnte bei dem Bäckermeister Wilhelm B. zur Zeit zur Miethe, doch bestand zwischen beiden ein gespanntes Verhältniß, das sich auch auf die beiderseitigen Frauen ausdehnte. Am 20. November hat der B. die Ehefrau M. mißhandelt, worauf die beiden Männer aneinander geriethen und sich schlugen, auch soll die Ehefrau B. thätlich eingegriffen sein, doch erfolgte ihre Freisprechung. M. wurde ebenfalls freigesprochen, da er nur einen Angriff von seiner Frau abgewehrt hat. B. wurde wegen Mißhandlung mit 10 M. bestraft. — In Nr. 36 vom 5. November v. J. des Fachblattes des „Niederrh. Weber-Verbandes“ erschien ein Bericht über eine Versammlung der Arbeiter der Firma Schwartz u. Co. in Grefrath, welche sich zur Zeit in einer Lohnbewegung befanden. In dem Inhalt des Artikels wurde dargestellt, daß der Bürgermeister Sp. aus Grefrath einseitig im Interesse der Fabrikanten vorgehe, den Interessen der Arbeiter aber entgegenarbeite. Diese Behauptung war in einer sehr ironischen Weise aufgestellt worden. Ferner war in dem Artikel gesagt, der in der betreffenden Versammlung anwesend gewesene Bürgermeister sei nach seinen Ausführungen in seine Schranken zurückgewiesen worden, worauf er es vorgezogen habe, aus der Versammlung zu verschwinden. Der Bürgermeister Sp. stellte wegen dieses Artikels gegen den verantwortlichen Redakteur des Fachblattes Ludwig B. Strafantrag wegen Beleidigung. In heutiger Verhandlung wurde B. in eine Geldstrafe von 30 M. genommen. Das Gericht hatte ihm zwar den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugebilligt, doch kam es in seiner Verurtheilung, weil aus der Form und unter den Umständen, unter denen der Bericht erschienen war, die Beleidigung zu erkennen sei. Dem Beleidigten wurde auch das Recht der Urtheilspublikation durch das Fachorgan zugesprochen. — Der Schäfer Anton K. war wegen fahrlässiger Körperverletzung angeklagt. Er war im Besitz eines kleinen geladenen Revolvers, mit dem er so unvorsichtig hantirte, daß der Schuß losging und einem kleinen Knaben

ins Bein drang. Das Gericht kam zu einem freisprechenden Erkenntniß, da es angenommen hatte, K. habe nicht die erforderliche Einsicht der Strafthat seiner Handlungsweise besessen. — Die folgende Sache betraf angeblich Hehlerei. Der Angeklagte Wilh. im Cl. wurde jedoch nach kurzer Beweisaufnahme kostenlos freigesprochen, da ihm absolut nichts Nachtheiliges nachzuweisen war, vielmehr seine völlige Schuldlosigkeit dargethan wurde. — Wegen Mißhandlung wurde der Fabrikarbeiter Hubert M. in eine Geldstrafe von 20 M. genommen, der mitangeklagte Färbergeselle Adolf P. aber von einer gleichen Anklage freigesprochen. — Die Eheleute Peter B. und die Arbeiterin Getrud Christine B. aus Anrath haben sich gegenseitig mißhandelt. Bei der ersten Angeklagten fällte das Gericht ein freisprechendes Urtheil, da sie aus Nothwehr gehandelt hatte. Die B. muß eine Geldstrafe von 5 M. zahlen. — Die jugendliche Margarethe B. erhielt wegen Entwendung einiger Spielsachen eine Gefängnißstrafe von drei Tagen, die mitangeklagte Gustav Heinrich Sch., die die Sachen an sich gebracht hatte, wegen Hehlerei eine Gefängnißstrafe von ebenfalls drei Tagen. — Die letzte Sache betraf Diebstahl, welche Strafthat den Dienstmädchen Mathilde K. und Sophie K. zur Last gelegt wurde. Das Gericht erkannte gegen die Mathilde K. auf einen Monat und gegen die Sophie K. auf eine Woche Gefängniß.

Zur Weberbewegung.

* **Aachen**, 23. Jan. Unter den Textilarbeitern gährt es in der letzten Zeit an mehreren Stellen. Die Vermittelungsinstanz des christlich-sozialen Textilarbeiterverbandes mußte in kurzer Zeit viermal vermittelnd eingreifen. In allen Fällen handelt es sich, wie man der „Köln. Volksztg." schreibt, bezeichnenderweise nicht um allgemeine Lohnerhöhung oder dergleichen; stets sind es kleine Streitpunkte, an denen sich die Unzufriedenheit entzündet. Zufrieden mit den Lohnverhältnissen ist hier niemand. Die Lebensmittel sind theurer gegen früher und theurer gegen andere Städte. Die Wohnungen steigen von Tag zu Tag im Preise, und auch sonst werden an die Arbeiterfamilien täglich steigende Anforderungen gestellt. Dabei sind die Löhne dieselben wie vor 20—30 Jahren. Der christlich-soziale Textilarbeiterverband versucht, um schwerere Zwistigkeiten zu vermeiden, eine gemeinsame Lohnliste zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu vereinbaren und eine Regelung der Arbeitszeit herbeizuführen. Die erstere Angelegenheit ist noch in Vorbereitung. Die Frage der Regelung der Arbeitszeit aber unterliegt augenblicklich der Beschlußfassung im Verein der Fabrikanten. Weiter fordert der genannte Verband, dessen Mitgliederzahl auf 2430 gestiegen ist, die Trennung der Geschlechter in den Fabriken.

* **Düren**, 24. Jan. Seit vorgestern sind 90 Weber der Firma Thom. Jos. Heimbach in Mariaweiler in den Ausstand getreten. Der Hauptstreitpunkt ist die zeitweilige Beschäftigung von Akkordarbeitern im Tagelohn, für welchen 2 M. verzütet werden, während der Durchschnittslohn dieser Leute sonst 3 M. betragen soll. Dieselben wünschten einen Tagelohn von 2,50 M. und wöchentliche Abrechnung bei Akkordarbeit. Die Firma ging, wie die „Rh.-Westf. Ztg." meldet, auf diese Wünsche nicht ein. Es ist aber sichere Hoffnung vorhanden, daß die Streitigkeit bald beseitigt ist.

Lokales.

** **Krefeld**, 25. Jan. Der gestrige Probeabend des „Krefelder Sängerbundes" gestaltete sich anläßlich seines 50jährigen Bestehens besonders festlich. Die Mitglieder waren vollzählig erschienen. Der verdienstvolle Präsident, Herr Gustav Lehmann hielt zu Anfang eine warmempfundene Ansprache, in der er für den zahlreichen Besuch dankte, und dann weiter ausführte, daß dieser eine Gewähr sei für den guten Geist im Verein, der hoffentlich immer so bleiben werde. Sodann gedachte er in längeren Ausführungen der Stifter des Vereins und bat die Anwesenden, zu Ehren der drei im verflossenen Jahre verstorbenen Senioren sich von ihren Sitzen zu erheben. Er schloß mit einem jubelnd aufgenommenen Hoch auf das weitere Blühen des „Krefelder Sängerbundes". Nunmehr begann die Probe, in der u. a. der Becker'sche „Choral von Leuthen" in der Liederschmiede unter hellklingendem Getön poliert und von etwaigen Rostflecken befreit wurde. In der Pause kamen die schon eingelaufenen vielen Glückwunschschreiben und Depeschen unter allseitiger Freude zur Verlesung. Der Vorsitzende nahm Veranlassung, den inzwischen erschienenen Herrn Polizei-Inspektor Schiefer herzlichst zu begrüßen und willkommen zu heißen. Der letztere dankte in seiner Erwiderung für den freundlichen Empfang. Er sei gekommen, um den Verein zu seinem Ehrentage die innigsten Glückwünsche auszusprechen. Was der „Krefelder Sängerbund" leisten könne, sei der ganzen Bürgerschaft bekannt, darüber wolle er jetzt kein Loblied singen. Er sei ihm aber zu besonderm Dank verpflichtet für seine allezeit bereite Mitwirkung bei patriotischen und vaterstädtischen Festen. Jedes Mitglied könne stolz darauf sein, dem Verein anzugehören. Dieser dagegen hätte alle Ursache, ebenfalls stolz auf seine Errungenschaft zurückzublicken und auf seinen trefflichen musikalischen Leiter. Der Redner leerte sein Glas auf das fernere Wohl des ihm lieben Vereins. Die frische Aufprache machte auf die Sänger ersichtlichen Eindruck und flugs wurde aus der weiteren Probe ein Festbankett, bei dem es an weiteren Reden nicht mangelte. Herr Rob Langs dankte dem Vorstand und den Mitgliedern für ihre werkthätige Hülfe. Wenn der Verein weiterhin einmüthig und treu zusammenhalte, dann könne er gewiß sein vorgesteckte Ziel erreichen. Herr Peltzer wies auf die alten Herren hin — diese waren unter allgemeiner Heiterkeit, wie es vor 40 Jahren der Fall war, als echte Krefelder Spießbürger mit langen Pfeifen, angethan mit hohen vorsündflutlichen Vatermördern, Sammetweste und Plüschpantoffeln erschienen — die das Fundament bildeten. Eine Geburtstagsgabe des Vereins sei das patriotische Gefühl, das er bis heute hochgehalten habe. Er schloß mit einem begeisterten Hoch auf den Förderer des deutschen Männergesanges, unseren Kaiser. Im Rückblick auf die Kasseler Gedenktage wurde nochmals um Mitternacht der „Choral von Leuthen" mit Einsetzung aller Kraft gesungen und als der Lobgesang „Nun danket alle Gott" am Schlusse verklungen war, erinnerte Herr Kobtz recht zeitgemäß daran, daß der Sieger dieser Schlacht, Friedrich der Große, ebenfalls am 24. Januar 1712 geboren sei. Er bezeichnete dies als ein günstiges Omen, da der Verein ebenfalls aus manch heißem Sängerkrieg siegreich hervorgegangen sei. Es sei noch erwähnt, daß der frühere langjährige Dirigent, Herr Musikdirektor Louis Brüning, zum Ehrenmitglied ernannt wurde. — Bei weiterem Lieder- und Becherklang entschwanden gemüthliche Stunden und daß dabei eine echte deutsche Sehhaftigkeit bei munterer Laune zu Stande kam, ist selbstverständlich.

* **Krefeld**, 25. Jan. Nachdem die Leiche des Kindes des Postschaffners M. vor 14 Tagen bei Friemersheim gelandet ist, hat man jetzt auch diejenige der Frau bei Lobith (Holland) aufgefunden. Wie bekannt, hat die Frau mit dem jüngsten Kinde sich heimlich aus der Wohnung entfernt und im Rhein den Tod gesucht.

o* **Krefeld**, 25. Jan. Polizeibericht. In dem Geschäfte eines hiesigen Juweliers erschien am 22. d. M. ein Herr und gab vor, einen Brillantring kaufen zu wollen. Er bezeichnete dabei ein im Schaufenster ausgestelltes Etui, welches er sich nebst mehreren anderen Ringen vorlegen ließ. Nachdem er seine Wahl getroffen, aber noch nicht gekauft hatte, entfernte er sich mit dem Vorgeben zunächst die Dame, für welche der Ring bestimmt sein sollte, die getroffene Wahl in Augenschein nehmen zu lassen, kam aber nicht zurück. Erst am anderen Morgen machte der Geschäftsinhaber die unangenehme Entdeckung, daß ein werthvoller Brillantring gegen einen werthlosen umgetauscht war. Der Schwindler, welcher am kleinen Finger der rechten Hand einen echten Brillantring hatte, trug einen gelbbraunen langen Ueberzieher, hatte schwarzes Haar und gelbliche Gesichtsfarbe. Seine Erscheinung ließ auf einen Italiener oder ausländischen Juden schließen. — Festgenommen wurde ein Tagelöhner wegen Verübung von Unfug. Der in dem Bericht vom 18. d. M. genannte Sattlergeselle Wilhelm Schmitz ist nicht identisch mit dem hier Rostraße Nr. 203 wohnenden Sattlergesellen Wilhelm Schmitz. — Untergebracht wurden folgende Obdachlose: 3 Männer, 5 Frauen und 30 Kinder.

Neueste Nachrichten.

§ **M.Gladbach**, 25. Jan. Ein 38 Jahre alter Fabrikarbeiter, wegen Mißhandlung seiner Ehefrau schon mit 1½ Jahren Gefängniß vorbestraft, drang gestern Nachmittag in die Wohnung seiner Schwiegermutter ein, wo seine Frau sich aufhielt, und schlug beide Frauen so brutal mit einer Eisenstange, daß sie ins Krankenhaus geschafft werden mußten. Die Verletzungen der Obersten sind lebensgefährlich, da der Schädelknochen zertrümmert ist und das Gehirn bloßliegt. Der flüchtig gewordene Thäter wurde gestern Abend festgenommen. Diese Nacht nahm er Gleselaj und wurde in Folge der Vergiftung heute Morgen in der Gefängnißzelle als Leiche aufgefunden.

Telegraphische Depeschen

der „Niederrheinischen Volkszeitung."

W **Berlin**, 25. Jan. **Abgeordnetenhaus.** Das Haus setzte die zweite Berathung des Landwirthschaftsetats fort.

Abg. Gothein (ntl.) wendet sich in längerer Rede gegen die geringen Ausführungen Miquenheims. Wenn die Landwirthschaft immer über Arbeitermangel klage, so sei diese Klage ja berechtigt, aber auch die Industrie war im letzten Jahre schon aus demselben Grunde genöthigt, viel Arbeit liegen zu lassen. Redner weist darauf hin, daß trotz des Arbeitermangels die Produktion der Landwirthschaft gestiegen sei. Die Hauptsache sei, daß die Landwirthschaft für sich selbst arbeite.

Abg. Frhr. v. Zedlitz (kons.) führt aus: Die rasch steigenden Produktionskosten brachten die Landwirthschaft in die jetzige Lage. Deshalb kann die Landwirthschaft sich nicht anders helfen, als wenn sie für ihre Produkte erhöhte Preise erzielt. Das Hauptgewicht des Schulunterrichts auf dem Lande sei auf das Winterhalbjahr zu legen. Redner betont, er habe das Vertrauen zur Regierung, namentlich zum Staatssekretär Posadowsky, daß bei den nächsten Handelsverträgen unser Interesse mehr gewahrt werde. Hierzu sei aber nöthig, daß eine festgeschlossene Bevölkerung hinter der Regierung stehe. Deshalb müßten Industrie und Landwirthschaft solidarisch behandelt werden.

Abg. Klose (Zentr.) bespricht den Arbeitermangel und macht Vorschläge über die Zulassung ausländischer Arbeiter. Redner sagt, der Landwirthschaft müßten niedrige Tarife für den Transport im Inlande und nach außen Schutzzölle helfen.

W **Berlin**, 25. Jan. **Reichstag.** Zweite Berathung der **lex Heinze.**

Abg. de Witt (Zentr.) berichtet über die Verhandlungen der Kommission. Der § 180 in den Kommissionsbeschlüssen setzt für Kuppelei Gefängnißstrafe nicht unter 1 Monat sowie die Zulässigkeit einer gleichzeitigen Geldstrafe von 150—6000 M. und Zulassung mildernder Umstände fest.

§ 180 wird in der Kommissionsfassung angenommen.

§ 181 hat die Kommission unverändert nach der Regierungsvorlage belassen. Dieser bestimmt, daß Kuppelei, auch wenn dieselbe weder gewohnheitsmäßig noch aus Eigennutz betrieben wird, ebenfalls mit Zuchthaus bis zu 5 Jahren bestraft wird. Wenn hinterlistige Kunstgriffe angewendet wurden, um der Unzucht Vorschub zu leisten, oder wenn der Schuldige zu den Verkuppelten in einem nahen Verhältniß steht (Ehemann, Eltern, Vormund, Geistliche, Lehrer) kann ferner der Zuchthaus- auch auf eine Geldstrafe von 150—6000 M. erkannt werden; auch können mildernde Umstände angenommen werden. Es tritt dann Gefängnißstrafe ein und daneben eine Geldstrafe bis zu 3000 M.

Hierzu liegt ein Antrag Himburg (kons.) vor, mildernde Umstände zuzulassen, wenn es sich um Verkuppelung Verlobter handelt. Ferner liegt vor ein Antrag des Abg. Albrecht daß Zuchthausstrafe eintritt im Falle eines nahen Verhältnisses, wenn aus Eigennutz gehandelt oder auf den Willen der Verkuppelten zur Vornahme oder Duldung einer unzüchtigen Handlung eingewirkt wurde. Im Falle der Ablehnung soll der Fall „Ehemann" gestrichen werden. Endlich soll der neue Absatz hinzugefügt werden: Als Kuppelei ist die Duldung geschlechtlichen Verkehrs zwischen Verlobten nicht zu erachten.

Abg. Himburg (kons.) vertritt seinen Antrag. Der hohe Begriff der Ehe solle nicht herabgesetzt werden.

Abg. Stadthagen (Soz.) führt aus, es sei bedenklich, gerade im Falle der Kuppelei eines Ehemannes überall Zuchthausstrafe eintreten zu lassen. Das entspreche nicht einer Verschärfung der Schwierigkeit der Scheidung im Bürgerlichen Gesetzbuch. Nach einer oberstrichterlichen Statistik für Berlin seien 30 Proz. aller ehelichen Kinder in den ersten sechs Monaten der Ehe geboren worden. Es sei eine Ueberhebung, hier von Unsittlichkeit zu reden. Die Herren vom Reichsgericht könnten nicht allein darüber bestimmen, was Sittlichkeit sei.

Geheimrath Bissendorf bekämpft die vorliegenden Anträge.

Abg. Roeren (Zentr.) bittet, die Anträge abzulehnen. Sie seien in der Kommission genügend erörtert worden. Der Antrag des Abg. Himburg sei überdies zu unbestimmt.

Abg. Beck (freis.) wendet sich gegen den Antrag des Abg. Himburg.

W **Berlin**, 25. Jan. Die **Flottengesetznovelle** fordert eine **zweite Schlachtflotte** gleich stark wie die alte. Außerdem sechs große und sieben kleine Kreuzer. Zwei Geschwader bilden die aktive, die anderen zwei die Reservegeschwaderflotte. Die Mittel werden alljährlich durch den Etat bereit gestellt. Die Begründung sieht die Durchführung bis zum Jahre 1916 vor bei jährlicher Kostensteigerung um 11 Millionen. Sie erwartet die Deckung unter Zuziehung von Anleihen ohne neue Steuern und betont die Nothwendigkeit einer gesetzlichen Festlegung des Flottenfollbestandes. Sie verzichtet auf die gesetzliche Normirung einer Beschaffungsfrist. (Endlich also wissen wir nun mit dem Flottengesetz, woran wir sind. Die obige offizielle Meldung des Wolff'schen Depeschenbureaus bringt übrigens nichts Neues. Sie entspricht den jüngst von privater Seite in die Oeffentlichkeit gelangten Mittheilungen, die ihre eingehende politische Würdigung bereits gefunden haben. D. Red.)

W **Dresden**, 25. Jan. Herzogin Friedrich von Schleswig-Holst ein ist heute Vormittag 11½ Uhr verschieden.

*

Herzogin Adelheid, Wittwe des Herzogs Friedrich, geborene Prinzessin zu Hohenlohe-Langenburg, ist bekanntlich die Mutter der Kaiserin. Sie litt an der Brustfellentzündung und ist nach schwerem Kampfe nunmehr ihren Leiden erlegen. Die Herzogin war geboren im Jahre 1835. Sie erreichte ein Alter von 65 Jahren.

W **Bremen**, 25. Jan. Bösmanns Telegraphen-Bureau meldet: Gestern trat hier die Kommission des Verwaltungsausschusses für das Kadettenschulschiff des „Nordd. Lloyd" zu einer vorläufigen Prüfung der eingegangenen Anmeldungen zusammen. Der Andrang von Bewerbern ist ein überaus großer. Aus allen Theilen Deutschlands liegen Anmeldungen vor. Abgesehen von zahlreichen Anfragen beläuft sich die Zahl der Vermerkten schon jetzt auf etwa 400. Von den Bewerbern wurden ungefähr 100 zur engeren Wahl zugelassen, von welchen wiederum 40 für den ersten Jahrgang zur Einstellung gelangen werden. Freistellen sind auf dem Kadettenschulschiff des „Nordd. Lloyd" nicht eingerichtet. Die Annahme weiterer Anmeldungen ist mit Rücksicht auf den überaus großen Zuspruch für den gegenwärtigen Jahrgang bereits geschlossen worden.

W **Paris**, 25. Jan. In der Deputirtenkammer brachte Brisson einen Gesetzentwurf ein, in welchem die Säkularisirung der Güter von nicht genehmigten männlichen Kongregationen gefordert wird.

W **Madrid**, 25. Jan. Nach dem Beschlusse des Ministerraths wird Silvela heute der Königin-Regentin einen Erlaß unterbreiten, durch welchen die Strafen, welche die Anarchisten in Barcelona jetzt verhängen, in Verbannung umgewandelt und alle für Preßvergehen verhängte Strafen erlassen werden.

W **Shanghai**, 25. Jan. Die „North China Daily News" melden: Durch ein in der letzten Nacht vom Kaiser unterzeichnetes Edikt wird der neun Jahre alte Sohn des Prinzen Tuano, Namens Putsing zum neuen Kaiser ernannt. Derselbe besteigt am 31. Dez. den Thron.

Der Krieg zwischen England und Transvaal.

Die Engländer haben nach ihren neuesten Meldungen einen großen Erfolg, wenn auch mit bedeutenden Opfern, errungen; sie besetzten den Spionkop, einen Punkt, von dem aus sie die ganze Stellung der Buren beherrschen können. Die Nachrichten über diesen Erfolg lauten:

W **London**, 25. Jan. Das Kriegsamt veröffentlicht folgende Depesche: Spionkop, 25. Jan., 12 Uhr 10 Min. morgens. Die Truppen des Generals Warren besetzten in der vergangenen Nacht den Spionkop und schlugen die kleine Abtheilung Buren, welche den Berg besetzt hielt, in die Flucht. Ich fürchte, daß die englischen Verluste bedeutend sind. General Woodgate ist schwer verwundet. Warren ist der Ansicht, daß er die ganze?] feindliche Stellung unhaltbar gemacht hat.

Läßt schon diese Meldung kein klares Urtheil zu, so ist die folgende Nachricht noch weniger geeignet, über den Sieg der Engländer ein genaues Bild zu liefern, ja sie läßt denselben höchst unglaublich erscheinen. Die weitere Meldung lautet:

W **London**, 25. Jan. Das Kriegsamt erhielt eine Depesche aus Spearmans Camp vom 25. ds., Mitternacht, welche besagt: Die Truppen des Generals Warren besetzten Dienstag Nacht den Spionkop und überraschten eine kleine Garnison (?!) welche floh. Die Engländer behaupteten die eingenommene Stellung den ganzen Tag über, obgleich sie heftig angegriffen wurden und zwar besonders durch ein sehr belästigendes Gewehrfeuer. Die britischen Verluste dürften beträchtliche sein. General Woodge ist gefährlich verwundet. General Warren glaubt, daß er die Stellung des Feindes unhaltbar gemacht hat.

Aus allen diesen Meldungen geht nicht hervor, daß die Engländer thatsächlich den Spionkop auf die Dauer besetzt hielten. Sie sind inzwischen vielleicht wieder von den Buren zurückgedrängt worden. Eigenthümlich ist es auch, daß eine solch hochbedeutsame Stellung, wie der Spionkop, nur von einer kleinen Garnison Buren besetzt war, die überdies noch überrascht wurde und dann floh. Man sollte doch erwarten, daß die Buren mit Aufbietung aller Kraft sich bemüht hätten, ihre feste und sichere Stellung zu behaupten. Was Thatsächliches an dem ganzen Siege der Engländer ist, werden wohl bald weitere Nachrichten ergeben, denen man mit Interesse entgegensieht.

* *

W **London**, 25. Jan. Das Reutersche Bureau meldet von gestern Abend aus Spearmans Camp: Heute zu früher Stunde rollte das Gewehrfeuer so heftig als je. Die Buren gaben Creuzot Copie auf, das die britische Infanterie besetzte. Die Buren suchten hinter einem Steinwall Zuflucht; in dieser Stellung hielten sie Stunden lang aus. Nachmittags sah man sie in vollem Rückzuge. Sie liefen durch eine Schlucht, während die britische Artillerie sie mit Shrapnells und Lyddittgranaten überschüttete. Die britischen Truppen nahmen in der durch einen Steinwall gebildeten Deckung Stellung. Die heutigen Verluste sind gering.

W **London**, 25. Jan. Die „Daily Mail" meldet aus Lourenco Marques von gestern: Heute früh wurde allen Passagieren, deren Reiseziel Transvaal war, auf Befehl der portugiesischen Regierung die Erlaubniß zur Abreise nach Transvaal verweigert.

Die „Times" melden aus Modder River vom 23. ds.: Die Berichte aller Deserteure stimmen darin überein, daß die Stellung der Buren bei Maggersfontein unhaltbar geworden ist durch den ungünstigen Gesundheitszustand im Lager, den mehr und mehr um sich greifenden Typhus und Mangel an Gemüse, wie überhaupt an allen Lebensmitteln mit Ausnahme von Fleisch, welches in Ueberfluß vorhanden ist. Der Gesundheitszustand im britischen Lager ist zufriedenstellend.

Die „Times" melden aus Spearmans Camp vom 23.: Das Feuer dauerte heute den ganzen Tag. Den englischen Truppen gelang es nicht, weiter vorzudringen. Die Buren hatten mehr Geschütze und sind, nachdem sie den von ihnen besetzten Höhenrücken, der fast ununterbrochen von Drakensberg sich mehrere Meilen ostwärts erstreckt befestigt haben, für einen Kampf von fast unabsehbarer Dauer gerüstet.

Wetter-Prognose.

(Eigener Drahtbericht der „Niederrh. Volksztg.")

Freitag, 26. Jan. Beträchtliches, für die Jahreszeit mildes Wetter; strichweiser Regen nicht ausgeschlossen.

Handel und Verkehr.

Werthpapier-Börse.

* **Berlin**, 25. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Bei Eröffnung der Börse lagen aus London Privatdepeschen vor, daß der Spionkop, eine der wichtigsten Positionen der Buren, von den Engländern genommen wurde. Gleichzeitig trafen sehr hohe Minimalkurse ein mit dem Zusatze, daß vom Kriegsamt die Meldung bestätigt werde. Die Börse tendirt hierauf in ausgesprochener Festigkeit, insbesondere in Montanwerthen, von welchen sowohl Hütten- als Bergwerksaktien eine weitere Aufwärtsbewegung verfolgten. Bevorzugt waren Laurahütte, darauf, daß aus Oberschlesien keine weiteren Meldungen über die Streikbewegungen vorlagen. Der Fondsmarkt war gut gehalten. Spanier weiter gefragt, steigend. Der Bankenmarkt war fest, doch hielten sich die Umsätze in engen Grenzen. Im Eisenbahnmarkt waren von heimischen Dortmund-Gronauer behauptet. Im weiteren Verlaufe und beim Uebergang in die zweite Börsenstunde waren Fonds fest auf das Steigen der Konsols in London. Der Lokalmarkt war ruhig, doch fest. Die Börse bleibt abwartend wegen der eventuellen Herabsetzung des Diskonts in London und Paris. Ultimogeld 3½ Proz.

Jan.	24.	25.
Berl. Hand.-Gesell.	168.00	168.50
Berliner Bank	115.75	115.75
Darmstädter Bank	144.90	145.00
Deutsche Bank	208.10	208.50
Disk.-Ges.-A. exkl.	192.50	193.00
Dresdener Bank	162.90	163.25
nationalbank f. D.	148.60	146.75
Oest. Kredit-Aktien	239.00	234.60
Berl. H. u. G. Kredit	124.70	124.60
Bankkreditvereine	304.80	306.50
Duz-Bodenbach		
Gotthardbahn	141.60	000.00
Südösterr. (Lomb.)	27.60	28.00
Ostpreuß. Südbahn	89.10	88.40
Kreffelder Eisenbahn	107.30	106.50
Kref.-Uerd. Eisenb.	166.80	166.80
Westf. Eisenbr. 3½	94.50	94.25
Pomm. 4% Pfandb.		
5% unk. b. 1900	99.75	99.75
R.-Pf. Pfdbr. 1905 4%	99.50	99.50
do. II. IV. 1904 3½	85.25	85.25
do. VI. unk. 1905 4%	98.70	98.70
do. VII. unk. 1905 4%	100.90	100.90
Italiener	94.00	00.00
Russen 1880er	99.80	100.00

Jan.	24.	25.
Neue russ. 4% Anl.	00.00	99.30
Ungar. Goldrente	99.40	99.50
Mexikanisat.-Pfdbr.	141.60	142.00
Dortmund-Gronauer	212.00	212.00
Gelsenkirch. Bergw.	284.25	281.50
Bochumer Gußstahl	184.75	185.75
Ch. A. Werk. Aktien	266.50	261.25
Dortmund. Union	137.10	138.40
Düsseldorf. Kamm.	46.10	46.10
Düsseld. Eisenbahnb.	000.00	000.00
Eisenz. Zinkverein	304.00	306.75
Gladb. Wollindust.	107.25	106.00
Gladb. Spinnerei	176.25	175.50
Gelsenkirch. Bergw.	195.60	196.30
Gerresh. Glashütte	129.00	128.50
Harpener Bergw.	207.30	208.25
Hibernia	224.10	224.75
Köln. Bergw.	468.00	471.00
Ges. f. elektr. Anl. Köln	102.60	103.00
Laurahütte	258.50	260.30
Pongs Spinnerei	95.50	95.50
Rhein. Stahlwerke	231.00	230.00
Rhein.-Westf. Pulv.	231.00	230.00
Sangerh. Maschf.	304.00	000.00

Aufnommen 21635

Wechselpreis.

Amsterdam	8 Tage	169.70	London	8 Tage	20.475
	2 Monate	168.45		2 Monate	20.365
Belg. Plätze	8 Tage	80.25	Wien-Prag	8 Tage	170.00
	2 Monate	79.85	Paris	8 Tage	80.90
Ital. Plätze	10 Tage	79.80		2 Monate	80.60
" "	2 Monate	78.60	Schw. Plätze	8 Tage	80.75

Reichsbank-Zinsfuß seit 15. Juni 1899:

Berlin 6 Proz., Hamburg 7 Proz.

Berliner Privat-Wechsel-Zinsfuß 4½ Proz.

Amsterdam	3%	Kopenhag.	5	Madrid	4
Brüssel	3	Lissabon	4	Paris	3
Ital. Plätze	5	London	5	Petersburg	6
				Schw. Plätze	5
				Wien	5
				Gronau. Plätze	6

Kölner Börse vom 25. Jan.:

Rudolph. Dampfschiff	129.00	Köln. Bummiwebereif	217.00
Pfälzer	124.50	Chem. Fabr. Weiler	214.50
Kölnisch. Bummiwollsp.	126.50	Köln. Elektr.-Akt.-Ges.	162.50
Aachener	126.00	Elektr.-Akt.-Ges.	162.50
Bierbrauer Aktiengesellschaft	148.50	Köln.-Kasseler Pulverfab.	205.00

Produkten-Börse.

* **Berlin**, 25. Jan. (Eigener Drahtbericht.) Trotz Mangels an Anregung in den auswärtigen Berichten war die Stimmung ziemlich fest. Die Kauflust, obschon mäßig, hatte im Lieferungshandel von Weizen und Roggen die Oberhand erlangt und die Preise etwa 0,25 M. gehoben. Hafer flau. In Rüböl herrscht ruhiges Geschäft und die Preise kaum behauptet. Über Spiritus 47 M., Umsatz 15,000 Liter. — Regenschauer und stürmisch.

Peters & Co.

Aktienkapital M. 15,000,000. Reserve M. 2,650,000. Krefeld, 25. Jan.

Wechsel.		Brief	Geld	Geld-Sorte	Nehm.
Amsterdam u. Rotterdam	100 Gulden	169.90	169.50	Souvereigns	20.42
Antwerpen u. Brüssel	100 Frc.	81.35	81.05	englische Noten	20.43
London	1 L.	20.49	20.47	20-Frc.-Stücke	16.20
do.	1 L.		20.50	5-Frc.-Stücke	4.05
Paris	100 Frc.	81.50	81.20	französ. Noten	81.10
do.	100 Frc.			belgische "	81.00
Italienische Plätze		76.15	75.55	holländ. "	169.50
do.				amerikan. "	4.18
Schweiz. Pl.	100 Frc.	80.90	80.60	österreichisch. "	81.40
				Imperials "	80.50

Unentgeltliche Entgegennahme von Zeichnungen auf alle zur Ausgabe gelangenden Aktien, Staats- u. andere Papiere.

Annahme von Depots unter eigenem Verschluss des Besitzers: „Safes".

Ankauf guter Geschäftswechsel, Eröffnung laufender Rechnungen u. Check-Kontl, An- u. Verkauf von Devisen, sowie Besorgung aller sonstigen in das Bankfach schlagenden Geschäfte.

Verwaltung von Werthpapieren, Dokumenten aller Art und Aufbewahrung von Werthgegenständen.

Fast alle 3½% und 4% Pfandbriefe erstklassiger deutscher Hypothekenbanken erlassen wir zum Berliner Tageskurse frei von allen Spesen. — Geldwechsel.

Viehmärkte.

□ Neuß, 25. Jan. Zucht- und Milchviehmarkt. Es waren aufgetrieben ca. 350 St. Rindvieh, darunter einige Bullen und Jährlinge. Preise: Kühe 1. Qual. 445—535, " 2. " 355—410, " 3. " 260—325 M. Bullen 180—300 M. Kragende Kühe 210—350 M. Kälber: Fettere, Rheinländer, Zuchter, Uhlenburger und Crefelder. Der erst etwas stockende Handel wurde bei etwas niedergehenden Preisen flotter. Nächster Markt am Donnerstag, 8. Februar.

Frucht- und Viktualienmärkte.

* Neuß, 25. Jan. Getreide. Weizen, 1. Qual. 15.40, 2. 14.80, 3. 14.40 M., Roggen 1. Qual. 14.30 M., 2. 13.50, 3. 12.80 M., Hafer 12.40, Kartoffeln 2.50—3.30 M., Heu 50 Pfd. 3.00—3.50 M., Stroh 5.00 Pfd. 10.00 M., Kleie per 100 Pfd. 12.00 M., Rüböl per 100 Pfd. 1. Qual. 00.00 M., 2. Qual. 00.00 M., Rüböl per 100 Pfd. in Partien von 100 Ztr. 53.75, Rüböl per 100 Pfd. faßweise 55.25 per 100 Pfd. 3.00 M. höher als Rüböl. Preiscurant per 1000 Pfd. 105.00 M., Kleie per 50 Pfd. 5.40 M., Butter per Pfd. 2.20 M., Eier 4½ Stück 2.63 M.

Die **Beerdigung** des verstorbenen Fräuleins

Margaretha Femers

findet **nicht** wie angegeben Samstag Morgen 9½ Uhr, sondern Samstag Morgen 8½ Uhr vom Trauerhause Oberstraße 66 aus statt.

Kreis-Krieger-Verband

(Krefeld-Stadt).

Sonntag, den 28. Januar 1900, Abends 8 Uhr:

Feier des Geburtstages Sr. Majestät des Kaisers u. Königs Wilhelm II.

im großen Saale der „Stadthalle", bestehend in

Konzert und Tanz,

unter freundlicher Mitwirkung des Gesang-Vereins „Kameradschaftlicher Sängerbund", wozu die Kameraden der dem Verbande angehörigen Vereine mit ihren Damen hiermit eingeladen werden.

Orchester: Städtische Kapelle.

Die Vereine werden ersucht, die Fahnen und Standarten um 7½ Uhr nach der Wohnung des Herrn Majors Meinecke, Westwall 110, zu bringen. Punkt 7½ Uhr versammeln sich die Fahnenträger und Fahnenjunker bei Kühler, Westwall, um von dort aus unter Vorantritt der Städtischen Kapelle die Fahnen und Standarten gemeinschaftlich abzuholen und nach dem Festlokal zu bringen.

Dunkler Anzug, Dekorationen und Vereinsabzeichen anlegen. Mitgliederkarten vorzeigen. **Der Vorstand.**

Zur Kenntniß an:

Kameradsch. Kriegerverein, Kriegerverein Krefeld, Krefelder Kriegerbund, Diezemer Kriegerverein, Kombattanten 1864, Kavallerie-Verein, Ulanenverein, Verein ehem. Kürassiere, Allgemeiner Husarenverein, Artillerieverein, Kameradschaftl. Peterannenverein, Kameradschaftl. Gardeverein, Infanterieverein, Verein ehem. 16er, 17er, 25er, 39er, 40er, 53er, 56er, 57er, 60er, 65er, 130er, Jäger und Schützen.

Statt besonderer Anzeige.

Die glückliche Geburt eines prächtigen Mädchens zeigen hocherfreut an

Peter Nuys und **Frau, Helene** geb. Blum.

Krefeld, den 25. Januar 1900.

Gerichtlicher Verkauf.

Freitag, den 26. Jan. cr., Vormittags 11 Uhr,

werde ich im Auktionslokale Kurzestr. 4, dahier: 1 Kaffeewaffermaschine, 1 Ladentheke, sowie verschiedene Hausmobilien öffentlich geg. Baarzahl. verst.

Krefeld.

Teusch, Gerichtsvollzieher, Steinstr. 47, an der Blumenstr.

Junger Mann

welcher 3½ Jahre auf einem Bürgermeisteramte beschäftigt war, sucht gegen mäßige Vergütung **Stelle als Schreiber** auf einem Geschäfts-Bureau.

Off. werden erb. unter A. B. 8334 an die Geschäftsst. d. Bl.*

Ein in allen Hausarbeiten erfahrenes **Mädchen,** tüchtiges welches Liebe zu Kindern hat, gegen hohen Lohn gesucht. 4609 Breitestraße 74, 2. Etage.

Bauplatz

ca. 9½ Mtr. Fronte u. 22 Mtr. Tiefe im Mittelpunkt der Stadt in ruhiger angenehmer Lage und unmittelbarer Nähe eines Walles, auch als Geschäftshaus geeignet (mit Nordlicht), preiswerth zu

verkaufen.

Auskunft ertheilt 8331

Wilhelm Floeren jr.,

Architekt.

Im Nebenamt

können fest angestellte Beamte, welche über freie Zeit verfügen, **die Vertretung einer hochangesehenen Versicherungs-Gesellschaft übernehmen,**

für welche ohne jede Einschränkung sofort ein monatliches Mindest-Gehalt von **30 M.** gezahlt wird. Gefl. Offerten unter L. G. 8301 sofort an die Geschäftsst. dieses Blattes.